

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Christian Douglas, Hauke Finger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 21/5229 –**

### **Kontrolle und Nachvollziehbarkeit von CO<sub>2</sub>-Kompensationsmaßnahmen am Beispiel der Förderung energiesparender Kochöfen durch die atmosfair gGmbH**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Seit dem Jahr 2014 gleicht die Bundesregierung die „Klimawirkung“ der Dienstreisen ihrer Beschäftigten aus. Dazu wird bei Dienstreisen mit einem Kfz (der Kraftstoffverbrauch angesetzt und beim Luftverkehr wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit dem Faktor drei für die Wasserdampf-, Stickoxid- und Rußpartikel-Emissionen herangezogen; [www.dehst.de/DE/Themen/Klimaschutzprojekte/Dienstreisen-Bundesregierung/dienstreisen-bundesregierung\\_node.html](http://www.dehst.de/DE/Themen/Klimaschutzprojekte/Dienstreisen-Bundesregierung/dienstreisen-bundesregierung_node.html)).

Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt wickelt für die Bundesregierung die Kompensation ab. Sie berechnet die „Klimawirkung“, wählt, beschafft und löscht Emissionsgutschriften ([www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/factsheets/factsheet\\_Dienstreisen-BReg.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/factsheets/factsheet_Dienstreisen-BReg.pdf?__blob=publicationFile&v=4)). Über jährliche öffentliche Ausschreibungen werden Emissionsminderungsgutschriften von internationalen Klimaschutzprojekten erworben und anschließend stillgelegt bzw. gelöscht.

Die DEHSt beschäftigt rund 210 Mitarbeiter und ist Teil des Fachbereichs V – Klimaschutz, Energie und Emissionshandel – des Umweltbundesamtes mit Sitz in Berlin ([www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/factsheets/factsheet\\_DEHSt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/factsheets/factsheet_DEHSt.pdf?__blob=publicationFile&v=2)).

Nach Beschluss des Ältestenrates des Deutschen Bundestages vom 26. November 2020 sollen auch die bei Dienstreisen der Abgeordneten des Deutschen Bundestages entstandenen CO<sub>2</sub>-Emissionen durch CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen ausgeglichen werden ([www.umweltbundesamt.de/themen/bund-gleich-emissionen-seiner-dienstreisen-fuer](http://www.umweltbundesamt.de/themen/bund-gleich-emissionen-seiner-dienstreisen-fuer), [www.spiegel.de/politik/deutschland/klimaschutz-bundestag-will-co2-ausstoss-bei-dienstreisen-ausgleichen-a-1293276.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/klimaschutz-bundestag-will-co2-ausstoss-bei-dienstreisen-ausgleichen-a-1293276.html)). Seitdem sind verschiedene Maßnahmen gefördert und Projekte unterstützt worden ([www.atmosfair.de/de/deutsche-bundesregierung-kompensiert-emissionen-der-dienstreisen/](http://www.atmosfair.de/de/deutsche-bundesregierung-kompensiert-emissionen-der-dienstreisen/)).

Zur Kompensation der im Jahre 2023 entstandenen CO<sub>2</sub>-Emissionen hat der Ältestenrat beschlossen, ein vom Umweltbundesamt empfohlenes und nach dem „Gold Standard“ zertifiziertes Klimaschutzprojekt in Ruanda zu finanzieren. Dabei handelt es sich um die Förderung eines Projektes zur Nutzung effizienter Kochöfen des Typs „Save80“ ([www.atmosfair.de/de/klimaschutzproje](http://www.atmosfair.de/de/klimaschutzproje)

kte/energieeffizienz/ruanda/). Die Umsetzung dieses Projektes wird von der Berliner atmosfair gGmbH in Zusammenarbeit mit mehreren lokalen Partnern und dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) koordiniert.

Die atmosfair gGmbH ist 2004 gegründet worden und aus einer Kooperation der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch und des Reiseveranstaltungsverbands forum anders reisen e. V. hervorgegangen. Sie stützt sich inhaltlich auf die Ergebnisse eines Forschungsprojektes des damaligen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), das sich mit wirksamen Wegen zur Kompensation von Flugemissionen beschäftigte ([www.atmosfair.de/de/ueber\\_uns/wir\\_ueber\\_uns/](http://www.atmosfair.de/de/ueber_uns/wir_ueber_uns/)).

Die atmosfair gGmbH beschäftigt allein in Berlin rund 40 Mitarbeiter und zwei Geschäftsführer. Dazu kommen die Mitarbeiter in den Projektländern des Globalen Südens ([www.atmosfair.de/de/ueber\\_uns/team/](http://www.atmosfair.de/de/ueber_uns/team/)). Unter dem Namen Solarbelt FairFuel gGmbH, mit gleichem Geschäftsführer und unter gleicher Adresse, residiert eine atmosfair-Tochtergesellschaft, die in Werlte eine Pilotanlage für „klimaneutrales“ Kerosin (Power-to-Liquid – PtL) errichtet hat und betreibt. Neben einem der beiden Geschäftsführer ist die Stiftung Zukunftsfähigkeit, die wiederum eng verbunden ist mit dem gemeinnützigen Verein „Germanwatch“, der über etwa 70 Mitarbeiter verfügt, und der „Germanwatch-Stiftung“ Gesellschafter. Im Aufsichtsrat der atmosfair gGmbH ist die PtX Lab Lausitz, ein Geschäftsbereich der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH vertreten. Die PtX-Technologie nutzt Strom („Power“) aus erneuerbaren Energien, um grünen Wasserstoff und daraus Kraft- und Grundstoffe („X“) herzustellen.

Zudem verfügt die atmosfair gGmbH über einen siebenköpfigen Beirat, der auch Kontrollfunktionen ausübt und z. B. jedes Kompensationsprojekt vor dessen Beginn genehmigen muss. Drei Mitglieder sind Abteilungsleiter (oder Stellvertreter) im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die aktuell zusätzlich in der Stiftung „Zukunft des Kohlenstoffmarktes“, in der International Climate Action Transparency Initiative (ICAT), im globalen Umweltfonds (GEF), im Grünen Klimafonds und im Klimainvestitionsfonds leitende Positionen einnehmen. Ein weiteres Mitglied ist „politischer Geschäftsführer“ von germanwatch und Sprecher der Klima-Allianz Deutschland. Zugleich ist er ständiger Beobachter im „Sustainable Finance“-Beirat der Bundesregierung ([www.atmosfair.de/en/about\\_us/advisory\\_board/](http://www.atmosfair.de/en/about_us/advisory_board/)).

Die ca. 70 Mitarbeiter des Germanwatch e. V. wiederum werden überwiegend aus öffentlicher Projektförderung im Themenbereich Klimafinanzierung, Lieferkettengesetz, internationale Klimapolitik und über mehrere Stiftungen (Mercator-Stiftung, Stiftung KlimaWirtschaft, European Climate Foundation, Oakland Foundation, Hewlett Foundation) finanziert. Allein DEHSt und atmosfair gGmbH beschäftigen allein in Berlin mehr als 250 Mitarbeiter, die marktübliche Gehälter beziehen.

Die Organisation „Gold Standard for the global goals“, die die Klimaschutzprojekte der atmosfair gGmbH zertifiziert, wird wiederum von der international operierenden gemeinnützigen Gold Standard Foundation betrieben, die mindestens 50, maximal 200 Beschäftigte hat. Die eigentliche Gold-Standard-Zertifizierung wird dabei nicht ausschließlich durch Gold Standard durchgeführt, vielmehr bedient man sich sogenannter Validation/Verification Bodies (VVBs). Dahinter verbergen sich durch von Gold Standard ausgebildete und zugelassene weitere Prüf- und Audit-Organisationen mit nicht ermittelbarer Personalstärke ([globalgoals.goldstandard.org](http://globalgoals.goldstandard.org) und [vvb@goldstandardf.org](mailto:vvb@goldstandardf.org)).

Die atmosfair gGmbH weist bei einer Bilanzsumme von rund 46,3 Mio. Euro einen Kassenbestand von rund 28,5 Mio. Euro (Ende 2023) auf. Dies korrespondiert mit dem Anstieg der Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr auf der Passivseite ([www.atmosfair.de/wp-content/uploads/atmosfair-2023-jahresbericht-german-web-version-122024.pdf](http://www.atmosfair.de/wp-content/uploads/atmosfair-2023-jahresbericht-german-web-version-122024.pdf)).

Bereits seit mehreren Jahren hat die atmosfair gGmbH mit diesen Kochöfen ähnliche Kompensationsmaßnahmen für andere Unternehmen, insbesondere aus der Reisebranche, und verschiedene Verwaltungen durchgeführt.

Im Jahr 2023 erzielte die Firma atmosfair gGmbH Einnahmen von 33,4 Mio. Euro, davon flossen 46 Prozent in die Finanzierung der Kochöfenprojekte, die in Ruanda, Sambia, Nigeria, Malawi, Kenia und Äthiopien durchgeführt werden oder wurden.

Die Reduzierung des Holzverbrauchs beim Kochen in den Ländern des Globalen Südens ist vor allem aus Gründen der Verknappung des Rohstoffs Holz und der Reduzierung der freiwerdenden gesundheitsschädlichen Rauchgase ein Betätigungsfeld zahlreicher Akteure. So steht der Kochofen der atmosfair gGmbH mit mehreren ähnlichen Produkten im Wettbewerb, z. B. mit dem „Super Saver“ der Firma Envirofit, die davon bereits 1,6 Millionen Stück und damit sehr viel mehr als die atmosfair gGmbH verkauft hat (envirofit.org).

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fördert seit Jahren den Bereich „clean cooking“ und unterstützt energieeffizientes Kochen in den Ländern des Globalen Südens, meist in Projekten in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und dem Green Climate Fund (GCF; [www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/klimafinanzierung/gruener-klimafonds-48210](http://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/klimafinanzierung/gruener-klimafonds-48210), [www.bmz.de/en/issues/climate-change-and-development/climate-financing/example-kenya-senegal-79816](http://www.bmz.de/en/issues/climate-change-and-development/climate-financing/example-kenya-senegal-79816)). Technik und Nutzen der geförderten Kochöfen sind folglich seit Jahren bekannt.

In einem „Welt“-Artikel vom 18. Dezember 2025 hat sich der Wissenschaftsredakteur Axel Bojanowski intensiv mit dem Geschäftsfeld der atmosfair gGmbH beschäftigt. In diesem Artikel wird auch berichtet, dass sich der Landesrechnungshof Hamburg mit dem dortigen CO<sub>2</sub>-Kompensationsprojekt, bei dem es ebenfalls um Kochöfen der atmosfair gGmbH geht, kritisch auseinandergesetzt hat. Bei der Umsetzung dieses Projektes soll es zu massiven Auslieferungsverzögerungen der Kochöfen gekommen sein. Mit Hinweis auf den Datenschutz, wird von der Firma atmosfair gGmbH jedoch keine Auskunft über die genauen Verkaufszahlen gegeben.

Im Ergebnis hat die Stadt Hamburg entschieden, Projekte in Drittländern zur Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen einzustellen ([www.welt.de/politik/deutschland/plus6943d1d23b6ec42d15041df8/klimaschutz-posse-wie-hamburg-in-nigeria-oefen-kaufte-die-es-nicht-gab.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus6943d1d23b6ec42d15041df8/klimaschutz-posse-wie-hamburg-in-nigeria-oefen-kaufte-die-es-nicht-gab.html)).

Es stellt sich den Fragestellern somit die Frage, wofür die von Hamburg und von allen anderen Kooperationspartnern gezahlten Gelder, so nun auch die vom Deutschen Bundestag, tatsächlich verwendet werden. Dabei ist es offenkundig nicht so, dass die Kochöfen vollständig finanziert und verschenkt werden, vielmehr haben die Familien vor Ort diese zu umgerechnet zwischen 30 und 55 Euro zu kaufen. Somit erzielt die Firma atmosfair gGmbH auch Einnahmen aus dem Verkauf der Öfen.

1. Auf welche Gesamtsumme belaufen sich nach den Berechnungen oder Schätzungen der Bundesregierung die jährlichen Ausgaben für die Kompensation „klimaschädlicher“ Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund einzelner Maßnahmen außerhalb des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (bitte ab dem Jahr 2020 tabellarisch darstellen)?

Haushaltsjahr	Gesamtnettokosten in Euro
2020	2 138 312
2021	1 192 608
2022	4 842 500
2023	2 325 561

Haushaltsjahr	Gesamtnettokosten in Euro
2024	4 794 078
2025	371 979

Die hier dargestellten Gesamtkosten pro Haushaltsjahr beziehen sich auf die Kompensationsaufwendungen für Dienstreisen und -fahrten der Bundesregierung und der Bundesverwaltung. Dies umfasst auch Dienstreisen und -fahrten von Mitarbeitenden des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und Entwicklung, da die entsprechenden Reisedaten auf Bundesebene aggregiert erfasst und die daraus resultierenden Emissionen zentral kompensiert werden. Ebenfalls enthalten sind Kompensationsaufwendungen für Großveranstaltungen des Bundes (inklusive der EU-Ratspräsidentschaft 2020 und der G7 Präsidentschaft 2022) sowie für sonstige Emissionen von Bundesbehörden, die über das jährliche Vergabeverfahren des Umweltbundesamtes abgewickelt werden.

Die Ausgaben im Haushaltsjahr 2025 waren niedrig, da nur wenige der angebotenen Gutschriften die Mindestanforderungen erfüllten und bezuschlagt werden konnten.

2. Auf welche Gesamtsumme belaufen sich nach den Berechnungen oder Schätzungen der Bundesregierung die jährlichen Ausgaben für die Kompensation „klimaschädlicher“ Emissionen aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (bitte ab dem Jahr 2020 tabellarisch darstellen)?

Haushaltsjahr	Nettokosten in Euro
2020	19 635
2021	13 387
2022	29 765
2023	79 083
2024	85 340
2025	79 123

3. Wie viele Tonnen CO<sub>2</sub> sind dadurch jährlich kompensiert worden (bitte ab dem Jahr 2020 tabellarisch darstellen)?

Haushaltsjahr	Summe von CO <sub>2</sub> -Menge gekauft (t)
2020	438 637
2021	194 747
2022	180 000
2023	90 358
2024	185 476
2025	27 554

Die hier dargestellten Emissionsmengen beziehen sich auf die Kompensationsaufwendungen für Dienstreisen und -fahrten der Bundesregierung und der Bundesverwaltung sowie sonstige Emissionen von Bundesbehörden, die über das jährliche Vergabeverfahren des Umweltbundesamtes abgewickelt wurden. Dazu zählen auch die sonstigen Emissionen des BMZ.

4. Auf welche Gesamtsumme belaufen sich nach den Berechnungen oder Schätzungen der Bundesregierung die jährlichen Ausgaben für die Kompensation „klimaschädlicher“ Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland mit Bezug auf energieeffiziente Kochöfen in Drittländern außerhalb des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (bitte ab dem Jahr 2020 tabellarisch darstellen)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Neben dem Bund investieren sowohl die Länder und Kommunen als auch die Privatwirtschaft. Für diese liegen der Bundesregierung keine aggregierten Zahlen vor.

5. Auf welche Gesamtsumme belaufen sich nach den Berechnungen oder Schätzungen der Bundesregierung die jährlichen Ausgaben für die Kompensation „klimaschädlicher“ Emissionen mit Bezug auf energieeffiziente Kochöfen aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (bitte ab dem Jahr 2020 tabellarisch darstellen)?

Haushaltsjahr	Summe von Gesamtnettopreis (Euro) Effiziente Kochöfen
2020	9 817
2021	6 693
2022	29 765
2023	–
2024	85 340
2025	–

Diese Zahlen beziehen sich auf die Kompensation der gemeldeten Emissionen aus dem Etat des BMZ. Für die Jahre 2020 und 2021 entstammen ca. die Hälfte der Zertifikate aus Projekten für Kochöfen. Die Zahlen enthalten nicht die Summen aus den kompensierten Emissionen der Dienstreisen und -fahrten, diese liegen nur in aggregierter Form für die Bundesverwaltung vor.

6. Wie viele Tonnen CO<sub>2</sub> sind jährlich durch energieeffiziente Kochöfen kompensiert worden (vgl. Frage 5; bitte ab dem Jahr 2020 tabellarisch darstellen)?

Haushaltsjahr	Summe von CO <sub>2</sub> -Menge gekauft (t) Effiziente Kochöfen
2020	1 100
2021	750
2022	1 009
2023	–
2024	3 295
2025	–

Diese Zahlen beziehen sich auf die Kompensation aus dem Etat des BMZ. Die Zahlen enthalten nicht Emissionen der Dienstreisen und -fahrten, diese liegen in aggregierter Form für die Bundesverwaltung vor.

7. Wenn sich die Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungshilfe an der Verbreitung der Kochöfen im Globalen Süden beteiligen will, warum beschränkt sie sich nicht darauf, dies im Rahmen des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu tun?

Die Kompensation von Treibhausgasemissionen (THG), die aus dem Betrieb der Bundesverwaltung entstehen, ist von der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu unterscheiden. Durch den Erwerb von Emissionsminderungszertifikaten kompensiert die Bundesverwaltung die entstandenen THG. Diese Zertifikate werden generiert durch Minderung von THG an anderer Stelle, die Verbreitung energieeffizienter Kochöfen in Entwicklungsländern ist dabei eine mögliche Form. Im Unterschied dazu dient die Verbreitung von energieeffizienten Kochöfen im Rahmen der EZ entwicklungspolitischen Zielen. Es handelt sich demnach um unterschiedliche Ziele, die von verschiedenen Bundesressorts entsprechend ihrer Zuständigkeiten verfolgt werden.

8. Wie viele Kochöfen hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit welchem Betrag bisher im Rahmen seines Etats insgesamt bezahlt oder subventioniert (bitte tabellarisch seit Förderbeginn nach Jahren aufschlüsseln)?
9. Wie viele Kochöfen hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit welchem Betrag außerhalb seines Etats insgesamt bezahlt oder subventioniert (bitte tabellarisch seit Förderbeginn nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Frage 8 und 9 werden zusammen beantwortet.

Die Zahl der durch das BMZ im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit geförderten Kochöfen lässt sich nicht beziffern. Die Förderung von energieeffizienten Kochöfen ist lediglich ein Bestandteil entwicklungspolitischer Vorhaben zur Förderung sauberer Kochenergie.

10. Hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen seines Etats Gelder für Kochöfen der Firma atmosfair gGmbH zur Verfügung gestellt?

Im Rahmen der Kompensation von Emissionen hat das BMZ über eigene Ausschreibungen im Jahr 2020 und 2021 Zertifikate von der atmosfair gGmbH erworben. Die THG-Minderungen dieser Zertifikate stammen ungefähr hälftig aus Kochöfen-Projekten. Die gesamten Kosten (bemessen an der Menge der zu kompensierenden THG) beliefen sich 2020 auf 19 635 Euro, im Jahr 2021 auf 13 387 Euro. Seit 2022 erwirbt das BMZ Zertifikate über Ausschreibungen des Umweltbundesamtes. In den Jahren 2022 und 2024 hat die atmosfair gGmbH den Zuschlag erhalten, bei denen die Zertifikate aus Kochöfen-Projekten stammen. Die Kosten für die durch das BMZ erworbenen Zertifikate beliefen sich im Jahr 2022 auf 29.765 Euro und im Jahr 2024 auf 85 340 Euro.

11. Worin besteht für die Bundesregierung die Rationale, außerhalb des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Geflecht von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Stiftungen, Dienststellen und gGmbHs um die atmosfair gGmbH, die alleamt ihr Geschäftsfeld um „Klimaschutz“ und um die freiwillige Kompensation von „klimaschädlichen“ Emissionen aufgebaut haben, mit Projekten zu betrauen, die in ähnlicher Form vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits finanziert werden, und wird dadurch der Grundsatz der Redundanzvermeidung (Dopplung von Aufgaben) bei der Entwicklungszusammenarbeit tangiert?

Die Bundesregierung erwirbt Kompensationsgutschriften über eine öffentlich jährlich stattfindende Ausschreibung, die das Umweltbundesamt im Auftrag der Bundesregierung durchführt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

12. Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse oder Schätzungen, wie viele Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland ihre berufliche Existenz vollständig oder überwiegend auf die Kompensation „klimaschädlicher Gase“ gründen?

Hierüber liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

13. Wie viele Beschäftigte in der Bundesverwaltung gründen ihre berufliche Existenz vollständig oder überwiegend auf die Kompensation „klimaschädlicher Gase“?

Es gibt weder in den Bundesministerien noch im Umweltbundesamt Beschäftigte, die ihre berufliche Existenz vollständig oder überwiegend auf die Kompensation von Treibhausgasemissionen der Bundesregierung gründen.

14. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass die von Mitarbeitern verursachten Emissionen, die ihre berufliche Existenz vollständig in der Kompensation „klimaschädlicher Gase“ gründen, in die Kompensationsberechnungen einbezogen werden müssten, und wenn ja, geschieht dies?

Es wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen.

15. Hält die Bundesregierung die Beteiligung einer Vielzahl von NGOs, Stiftungen, Dienststellen und gGmbHs, um gut eingeführte Kochöfen herstellen zu lassen und zu verkaufen, für ein effizientes Mittel zur Förderung des „clean cooking“ im Globalen Süden, und wenn ja, auf welcher Daten- oder Evaluierungsgrundlage tut sie das?

Kochenergie ist ein komplexes Thema mit sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Aspekten. Auf dieser Grundlage betrachtet die Bundesregierung vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement für sauberes Kochen als grundsätzlich zuträglich.

16. Hat sich die Bundesregierung zu der Frage eine Auffassung erarbeitet, worauf sich materiell die „Gemeinnützigkeit“ der atmosphair gGmbH und der anderen steuerlich bevorzugten NGOs, Stiftungen und gGmbHs gründet, und wenn ja, welche Auffassung ist dies?

Nach der verfassungsmäßigen Ordnung obliegt die Beurteilung steuerlicher Einzelfälle der jeweils zuständigen Landesfinanzbehörde. Der Bundesregierung liegen regelmäßig keine über die öffentlich bekannten Informationen hinausgehenden Kenntnisse über die konkrete Tätigkeit einzelner Körperschaften vor. Eine Bewertung kann seitens der Bundesregierung nicht erfolgen. Die Gemeinnützigkeit ist in der Abgabenordnung (§§ 51-68 AO) geregelt und wird durch das Finanzamt festgestellt, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

17. Wie wird konkret durch die reduzierte Verwendung von Brennholz – also eines CO<sub>2</sub>-neutral nachwachsenden Rohstoffs – die Netto-Emission an CO<sub>2</sub> reduziert, und wenn dies nicht der Fall ist, wie kann es sich bei der Förderung der Brennholz-sparenden Kochöfen um eine Kompensation für CO<sub>2</sub>-Emissionen handeln?

Die reduzierte Verwendung von Brennholz führt nur insoweit zu einer Netto-CO<sub>2</sub>-Reduktion, als das eingesparte Brennholz aus nicht nachhaltig bewirtschafteten Quellen stammt (gemäß der im Projekt 6207 angewandten CDM-Methodologie AMS-II.G). Zwar gilt Biomasse grundsätzlich als CO<sub>2</sub>-neutral, wenn sie im gleichen Maß nachwächst, in dem sie genutzt wird. In vielen Projektregionen übersteigt jedoch die Nachfrage nach Biomasse die natürliche Regenerationsfähigkeit der lokalen Wälder. In solchen Fällen führt die Entnahme von Holz zu einer Verringerung der Kohlenstoffbestände im Ökosystem, wodurch effektiv zusätzliches CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gelangt.

Daher wird nur der Anteil der eingesparten Biomasse, der als nicht erneuerbar gilt, in Emissionsminderungen umgerechnet. Die Anerkennung von Emissionsreduktionen hängt daher wesentlich von der Annahme ab, dass ohne den Projekteinsatz ein relevanter Anteil der verwendeten Biomasse zur Degradation von Kohlenstoffbeständen in Waldökosystemen beiträgt.